

Wöchentlich 2 Pf., monatlich 50 Pf.,
in einem halben Jahr 2,50 Pf.,
jährlich 10 Pf. Postgebühren und
10 Pf. Postbescheinigung. Kassen-
abonnement 4.— Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich
einmal, am Sonntag und Feiertagen
ausser in den Monaten Juli und
August, in denen er zweimal
wöchentlich erscheint. Der
„Vorwärts“ ist ein politisches
Organ der Arbeiterbewegung.
Seine Aufgabe ist es, die
Interessen der Arbeiter zu
vermitteln und die
Kampfbereitschaft zu
erhalten.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung
des Reichsmarkens in
Reichsbanknoten ist
am 1. Juli 1929
eingetreten. Die
Reichsbanknoten
sind in Reichsmark
umzuwandeln.
Die Umwandlung
erfolgt durch
Einkauf von
Reichsbanknoten
mit Reichsmark.
Die Umwandlung
erfolgt durch
Einkauf von
Reichsbanknoten
mit Reichsmark.
Die Umwandlung
erfolgt durch
Einkauf von
Reichsbanknoten
mit Reichsmark.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 68. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstr. 3

Was geht vor?

Feststellte Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten?

Von Rudolf Breitscheid.

Die Verhandlungen zur Vorbereitung der internationalen Konferenz dauern jetzt schon Wochen und Wochen, und einseitigen steht nichts fest außer dem Datum des Zusammentritts, das zudem auch noch geändert werden kann. Strittig, sehr strittig ist nach wie vor der Ort. Die englische Regierung besteht mit Gründen, die sich hören lassen können, auf London, die französische Regierung lehnt London hartnäckig ab und wünscht eine Stadt in der Schweiz. Ihre Abneigung gegen den Sitz des Labour-Kabinetts rührt im wesentlichen aus allgemeinen Befürchtungen vor einem überwiegenden Einfluß Macdonalds und seiner Freunde her und außerdem ein wenig aus der Besorgnis, es könne im Verfolg einer in London abgehaltenen Konferenz die englische Hauptstadt auch zum Sitz der Internationalen Bank erkoren werden, die die Franzosen am liebsten in dem ihnen befreundeten und ihrer Einwirkung leichter zugänglichen Brüssel sehen würden.

Aber wenn nun auch über den Ort eine Einigung erzielt wird und wenn die technischen Schwierigkeiten, die heute noch dem alsbaldigen Zusammentritt der sogenannten Organisationskomitees entgegenstehen, überwunden sind, bleibt immer noch die Festsetzung der Tagesordnung der großen Konferenz. Selbstverständlich ist der Young-Plan zu beraten, und wenn auch die Pariser Sachverständigen am Schluß ihres Berichts die unveränderte Annahme ihrer Vorschläge empfohlen haben, so werden sich die Vertreter der Regierung nicht auf den Akt einer einfachen Zustimmung beschränken lassen, sondern Änderungen in Einzelheiten herbeizuführen suchen und dadurch eine lebhafteste Diskussion eröffnen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß Deutschland nicht daran denkt, den Bericht an und für sich und losgelöst von allen politischen Fragen zu erörtern. Deutschlands Entscheidung ist sehr wesentlich abhängig von der Beantwortung der Frage nach der Räumung der Rheinlande und nach dem zukünftigen Schicksal des jetzt unter Völkerbundsregime stehenden Saargebiets.

Man muß sich wundern, daß es in Frankreich noch immer Leute gibt, die diesen Zusammenhang nicht erkennen oder nicht erkennen wollen. Zwar scheint die ursprüngliche französische Idee, zwei zeitlich getrennte Konferenzen abzuhalten und auf der einen den Young-Plan und auf der anderen die Räumung zu beraten, erfreulicherweise aufgegeben zu sein. Aber immer noch werden Stimmen laut, die den Eindruck zu erwecken suchen, als habe das eine mit dem anderen im Grunde nichts zu tun, und als ich vor kurzem in einer Erklärung für den Pariser „Temps“ den deutschen Standpunkt festlegte, beeilte sich die Redaktion des Blattes, einschränkende Bemerkungen im Sinne der Trennung der beiden Probleme hinzuzufügen. Man sollte sich jedoch in Frankreich völlig darüber im klaren sein, daß im Reichstag eine Mehrheit für die Ratifizierung des Pariser Berichts unter keinen Umständen vorhanden sein wird, wenn nicht zum mindesten eine völlige Sicherheit für die unmittelbar bevorstehende Räumung des rheinischen Landes von fremden Truppen gegeben ist.

Das aber will besagen, daß auch der neuerdings in gewissen, der französischen Regierung nahestehenden Kreisen aufgebaute Gedanke einer Verbindung der Rheinlandräumung mit der Mobilisierung oder der Mobilisierbarkeit der deutschen Zahlungen für uns außerhalb der Diskussionsmöglichkeit steht. Man argumentiert in Paris so: Wir wollen den Rhein verlassen, aber bevor wir diesen Schritt tun, müssen wir die Garantie haben, daß die deutschen Zahlungen uns wirklich zufließen. Wir wissen indessen, daß die deutsche Finanzlage sehr schlecht ist und diese Finanzlage kann nur durch eine gründliche, auf einer inneren Ersparnispolitik aufgebaute Finanzreform gebessert werden. Diese Finanzreform müssen wir abwarten.

Das alles sieht nach einer Ausrede des französischen Rationalismus aus. Aber man beruft sich darauf, daß diese Besorgnisse sowohl von Parker Gilbert wie von den amerikanischen Sachverständigen geteilt würden, ja, daß es eigentlich diese seien, die erst die bangen Ahnungen bei den Franzosen erweckt hätten. Vertinax, der bekannte nationalistische Journalist, will ja auch wissen, Parker Gilbert werde sich in seinem nächsten Zwischenbericht mit der deutschen Finanzpolitik sehr eingehend beschäftigen und sie

Deutsch-belgische Einigung.

Sonnabend Unterzeichnung — Gegenseitige Zugeständnisse.

Brüssel, 12. Juli. (Eigenbericht.)

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Markfrage sind am Freitag zum Abschluß gekommen und am Sonnabend wird das Uebereinkommen von den Sachverständigen der beiden Länder unterzeichnet werden. Ueber die Ratifizierung haben die Regierungen später zu entscheiden.

Ueber den Inhalt der Vereinbarung wird noch nichts Bestimmtes bekanntgegeben. Soweit steht fest, daß die Frage des Rückkaufs der Markbeträge von der Frage der in Belgien beschlagnahmten deutschen Güter getrennt behandelt wird. Letztere sollen nämlich einen Teil des Young-Planes ausmachen. Zahlen werden nicht genannt, aber wie verlautet, soll

Deutschland 25 Jahreszahlungen zu je 25 Millionen Mark leisten. Belgien hatte bekanntlich in Paris 37 Jahreszahlungen zu je

25 Millionen Mark gefordert. Die Einigung ist jedenfalls nur dank weitgehender gegenseitiger Zugeständnisse zustande gekommen. Der deutsche Standpunkt, wonach nicht die vom belgischen Staat für die Einlösung der Mark ausgegebenen Beträge, sondern der durch den Zwangsurteil der Markwährung wirklich entstandene Schaden als Grundlage der Berechnung zu dienen hat, ist zur Geltung gekommen. Andererseits hat Belgien einen erheblichen Teil seiner Forderung durchgesetzt. Ferner sind die zur Regelung dieser Frage an Belgien zu leistenden Jahreszahlungen derart festgesetzt, daß Belgien in den Jahren höhere Zahlungen erhält, in denen es auf Grund des Young-Planes sich mit geringeren Beträgen bescheiden muß. Auf diese Weise wird ein gewisser Ausgleich des Budgets erleichtert.

Auf beiden Seiten ist man der Ueberzeugung, daß die Regelung dieser Frage für alle Fälle eine recht unangenehme Reibungsfläche zwischen den beiden Ländern beseitigt, und dadurch endlich die Möglichkeit besserer Beziehungen anbahnt.

Paris wartet auf Londons Antwort

Keine Vorbereitungscommissionen mehr geplant.

Paris, 12. Juli. (Eigenbericht.)

In hiesigen diplomatischen Kreisen sieht man mit beträchtlicher Spannung dem Eintreffen der neuen englischen Note über die bevorstehende Konferenz entgegen. Die aus London stammenden Meldungen, denen zufolge die englische Regierung wiederum London als Sitz der Konferenz vorschlagen will, geben hier zu erheblicher Mißstimmung Veranlassung. Man befürchtet zudem, daß England eine Abänderung des im Young-Plan vorgesehenen Verteilungsschlüssels vorschlagen könne. Die französische Regierung wird angesichts dieser Differenzen ihre Delegierten zu der vorbereitenden Kommission keineswegs bald ernennen. Man erklärt sehr plötzlich, daß zuerst der Young-Plan von allen interessierten Regierungen im Prinzip angenommen werden müsse, ehe die Kommission zusammengetreten könne. Beruhigend fügt man hinzu, daß der Meinungsaustausch fortgesetzt und mit dem baldigen Zusammentreten der diplomatischen Konferenz gerechnet werden könne.

Befriedigung über den Young-Plan.

Amsterdam, 12. Juli.

Die Tagung der Internationalen Handelskammer befaßte sich am Freitag nachmittag bei dem Thema des allgemeinen Zahlungsausgleichs mit der Reparationsfrage. Zum Young-Plan wurde folgende Entschließung zur Ausdrucksache vorgelegt:

„Die Kammer stimmt in vollem Umfange dem Schritt zu, der das größte Wirtschaftsproblem der Gegenwart anerkannten Wirtschaftssachverständigen anvertraut hat. Aus einer Betrachtung des Young-Planes als einer Einheit hat die Internationale Handelskammer mit großer Befriedigung die Ansicht der Sachverständigen ersehen, das Reparationsproblem aus dem Gebiet des politischen Meinungsstreites herauszunehmen und wirtschaftliche Formen zu finden, um zu einer Lösung zu kommen. Die Kammer drückt die Hoffnung aus, daß über den Young-Plan baldige wohlwollende Erwägungen stattfinden mögen und daß als Ergebnis eine endgültige und vollständige Regelung des Problems erreicht werden möge.“

sehr abfällig kritisieren. Ob diese Ankündigung richtig ist, wird sich bald herausstellen. Aber selbst wenn es der Fall sein sollte, wird uns das nicht veranlassen können, unsere Zustimmung zu einer Verknüpfung der Rheinlandfragen mit der Frage einer deutschen Finanzreform zu geben.

Die erwähnten Pariser Kreise gehen jedoch noch weiter. Sie werfen die zweifelnde Frage auf, ob die notwendige Reform der Finanzen sich anbahnen und durchführen lasse, solange die Sozialdemokraten Mitglieder der Regierung seien und solange das Finanzministerium von einem Sozialisten — der Name Hilferdings wird ausdrücklich genannt — verwaltet werde. Auch diese Sorgen, so wird versichert, sind den Franzosen von dem amerikanischen Sachverständigen nahegebracht worden.

Hier tun sich Schwierigkeiten auf, die rechtzeitig ins Auge gefaßt werden müssen. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um einen Vorstoß gegen die finanzpolitische Souveränität Deutschlands. Ihn rechtzeitig abzuwehren ist Pflicht, und es muß daher schon jetzt mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß wir uns keine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten, ganz gleichgültig, ob es sich dabei um einen sozialistischen Minister handelt oder nicht, gefallen lassen würden, und daß auch die Sozialdemokratie für die Ratifizierung des Young-Planes nicht zu haben wäre, wenn man ihn mit Vorbedingungen dieser Art belastete.

Bei alledem quält uns indessen auch eine andere Sorge. Sind die Amerikaner ganz von selbst und von sich aus auf die Befürchtungen wegen der deutschen Finanzpolitik und wegen der Sozialisten in der Regierung gekommen? Gewiß, die kapitalistischen Bankleute von jenseits des Ozeans

haben sicher keine Sympathien für die deutsche Sozialdemokratie. Aber waren diese Sympathien etwa bei den deutschen Sachverständigen vorhanden? Ist nicht vielleicht im Laufe der langen Pariser Konferenz von ihrer Seite dies oder jenes Wort gefallen, das die Amerikaner — und auch die Franzosen — in ihrer antisozialistischen Einstellung bekräftigen konnte?

Gerade in diesen Tagen hat Günther Stein, ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“, der in Paris Herrn Schacht sehr nahestand und seine Politik warm verteidigte, es für bedauerlich erklärt, daß die einzige Einmischung in die deutsche Steuerpolitik, die der Young-Plan enthält, — es handelt sich um die Empfehlung, die Industrie sofort durch die Aufhebung der Industrieobligationen zu entlasten —, nicht auf den Wunsch der Gläubiger, sondern offenbar auf das Betreiben von Mitgliedern der deutschen Delegation zurückzuführen ist. Mit anderen Worten: die deutsche Delegation oder einzelne ihrer Mitglieder haben sicher in diesem einen Fall bewußt die Interessen des deutschen Industrielapitalismus wahrgenommen. Liegt die Vermutung da so fern, daß sie sich auch bei anderen Gelegenheiten als Vertreter der kapitalistischen Schicht fühlten, die sozialistische Beeinflussung der Regierung beklagten und die Rettung des Reiches aus seiner schwierigen Finanzlage als ein nur von den ihnen näherstehenden politischen Parteien zu lösendes Problem hinstellten?

Wir werden auf diese Frage, wie auf so manche andere, die schon gestellt ist, oder die vielleicht noch gestellt wird, kaum eine klare Antwort erhalten. Aber wir werden fortfahren, uns unsere eigenen Gedanken über die — nennen wir es einmal — Einseitigkeit zu machen, mit der der eine oder andere Sachverständige in Paris an seine Aufgabe herangegangen ist.

Um die Arbeitslosenversicherung. Die Sachverständigenkommission berät.

Die Sachverständigenkommission zur Klärung des Streites um die Arbeitslosenversicherung beschäftigte sich, wie amtlich mitgeteilt wird, bis jetzt mit der herkömmlichen Arbeitslosigkeit, mit dem Verhältnis zwischen Beiträgen und Leistungen, sowie mit den Begriffen Arbeitslosigkeit, Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit und den Fragen der Höhe und Dauer der Unterstützung. Endgültige Entschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Bis Ende Juli soll die Kommission noch den Personenkreis der Versicherung und die Finanzfrage in ihrer Gesamtheit erörtern.

Die amtliche Mitteilung besagt nichts. Da strengste Vertraulichkeit für die Verhandlungen beschlossen worden ist, muß zunächst das Gesamtergebnis der Kommissionsberatung abgewartet werden.

Koalitionsdisziplin.

Eine nicht ernst zu nehmende Annäherung.

Ein demokratisch schillerndes Boulevardblatt hält der preussischen Landtagsfraktion der Sozialdemokratie Vorwürfe über Koalitionsdisziplin, weil bei der Abstimmung über die Misstrauensvoten für den Unterrichtsminister Becker etwa ein Dutzend sozialdemokratische Stimmen ausgefallen sind.

Das Wort „Koalitionsdisziplin“ macht sich einigermassen seitdem in den Spalten einer Presse, die trotz angeblicher demokratischer Parteirichtung dauernd ihrer eigenen demokratischen Landtagsfraktion und der preussischen Koalitionsdisziplin überhaupt in den Rücken fällt, so oft ihr dies im Interesse des Absonnerens und aus ähnlichen Stimmungsgründen zweckdienlich erscheint. Wenn aber schon von Koalitionsdisziplin die Rede ist, so hätte das betreffende Boulevardblatt logischerweise auch eine Unterredung darüber anstellen sollen, ob es den Anforderungen der Koalitionsdisziplin entspricht, wenn beispielsweise ein ausgesprochener Reaktionsär auf einen höheren Beamtenposten des Unterrichtsministeriums berufen wird, ohne daß die größte Koalitionspartei hiervon etwas — vor vollzogener Tatsache — zu erfahren bekommt.

Völlig müssen wir es zurückweisen, wenn in diesem Blatt die Führung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Einschreiten aufgefordert wird. Die Führung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion nimmt keine Anweisungen von einem anonymen — und obendrein sehr schlecht informierten — Zeitungsschreiber entgegen, am allerwenigsten aus dem Kreis jenes Blattes, dessen Redaktionsmitglieder öffentlich in Demokratie, privatim in Kommunismus — auf jeden Fall aber in Sensation machen! Kr.

Briefwechsel Kaas—Wirth.

Gegen eine permanente „Feststellungskommission“.

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Kaas, hat an den Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, einen Brief gerichtet, in dem er seine ernstesten Besorgnisse ausspricht über die Bestrebungen, den Gedanken der sogenannten Feststellungs- und Versöhnungskommission auf der kommenden politischen Konferenz noch weiter zu vertreten. Die Stellung des Zentrums in dieser Frage sei klar und endgültig. Das Zentrum werde zu jeder deutschen Reichsregierung, die auf den Gedanken einer permanenten Kontrollkommission eingehen würde, in schärfster Opposition treten. Er bitte deshalb Dr. Wirth, zusammen mit den übrigen Mitgliedern der deutschen Delegation, alle die guten Willens sind, von dem ausichtslosen Versuch abzuhalten, das Werk der Befriedung mit einer neuen Demütigung des deutschen Volkes zu belasten.

Reichsminister Dr. Wirth hat darauf geantwortet: Frankreich besitze aus dem Versailler Vertrag wie aus dem Locarno-Pakt jede denkbare Gewähr für seine Sicherheit. Jeder neue Organismus, der auf eine Dauerkontrolle gerichtet sei, könne Frankreich keine höheren Sicherheiten geben, als die bisherige Regelung, er könne nur die deutschen Rechtsgarantien vermindern. Die Feststellungs- und Vergleichskommission würde als ständige Einrichtung ein stärkster Eindruck in die moralische Autorität des Völkerbundes in der Aufgabe der Friedenssicherung sein. Eine Dauerkommission über die Rheinlande wäre ein Anschlag gegen Deutschlands Recht, der mit dem Ruhreindruck verglichen werden könnte, ein Rückschritt in der ganzen friedlichen Entwicklung.

Gegen rechtsradikale Lügenhefte.

Das Vorgehen der Steuerbehörden in Schleswig-Holstein.

Die preussische Staatsregierung ist den Beschwerden, die seit einiger Zeit in der Öffentlichkeit über zu rigoroses Vorgehen der Steuerbehörden bei der Einziehung der Steuern in Schleswig-Holstein erhoben werden, nachgegangen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wurde dabei festgestellt, daß die in der Öffentlichkeit besprochenen Beitreibungen rückständiger Staats- und Gemeindesteuern ausschließlich bei böswilligen Steuerschuldnern vorgenommen wurden, die bei gutem Willen auch nach Ansicht der örtlich zuständigen Organe sehr wohl in der Lage gewesen wären, die teils seit Jahren rückständigen Steuern zu bezahlen. Im Interesse des Ansehens der Staatsautorität und mit Rücksicht auf die übrigen, zum Teil weniger bemittelten Steuerzahler, die bisher ihrer Steuerpflicht nachgekommen waren, mußte hier durchgegriffen werden.

Den Tendenznachrichten, daß den „kleinen Besitzern“ gemäßigter das „letzte Stüd Vieh aus dem Stalle“ geholt werde, muß entschieden widersprochen werden. Aus dem kleinen Bauernstande sind bisher keine allgemeinen Vorstellungen über zu hartes Vorgehen bei der Beitreibung der Steuern erhoben worden. Zwangsversteigerungen von ländlichen Besitzungen wegen rückständiger Staats- und Gemeindesteuern sind bisher in der Provinz Schleswig-Holstein nicht erfolgt. Die durchgeführten Zwangsversteigerungen gegenüber ländlichen Besitzungen sind von privaten Gläubigern betrieben worden. In solchen Fällen haben sich, sofern Steuern rückständig waren, die Steuergläubiger mehrfach dem Verfahren angeschlossen, ohne, was ausdrücklich nochmals betont werden muß, die Zwangsversteigerungen selbst herbeigeführt zu haben.

Es muß auch anerkannt werden, daß die Reichsfinanzbehörden im allgemeinen mit der gebotenen Rücksicht bei der Beitreibung rückständiger Reichsteuern vorgehen.

Young-Plan und Reichsbahnpersonal.

Was ist mit dem verheimlichten Schacht-Brief?

Vom Einheitsverband der Eisenbahner wird uns geschrieben: Auf Grund einer Einladung des Reichsverkehrsministers fand am Mittwoch, dem 10. Juli, eine Besprechung zwischen dem Verkehrsminister Dr. Stegerwald und den Organisationen des Eisenbahnpersonals statt. Der Zweck dieser Besprechung war die Entgegennahme der Wünsche des Eisenbahnpersonals in bezug auf den Young-Plan. Der „Vorwärts“ hat bereits in Nr. 319, Morgenausgabe, über diese Verhandlungen berichtet. Schon in dieser Notiz ist eine der wichtigsten Forderungen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, sowie der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, nämlich die Gleichstellung der Reichsbahnbeamten mit den Reichsbeamten, den Lesern zur Kenntnis gebracht worden. Direkt im Widerspruch zu dieser Forderung steht eine Veröffentlichung der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Eisenbahnerverbände, die den Vertretern des Einheitsverbandes und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer unterstellt, sie hätten in dieser Besprechung in bezug auf die Regelung von Rechts- und Dienstverhältnissen der Reichsbahnbeamten eine zu vereinbarende Personalordnung, bzw. Tarifvertrag gefordert.

Wahr ist, daß der Vertreter des Einheitsverbandes auch zugleich für die G.D.V. dem Reichsverkehrsminister, nachdem er gegen die einseitige Beteiligung von Reichsbahnvertretern und Ausschaltung von Personalvertretern durch die Sachverständigen Protest eingeleitet hatte, folgende drei Punkte als Forderung unterbreitete:

1. Entsprechend dem durch den Young-Plan wiederhergestellten vollen Eigentumsrecht des Reiches an der Reichsbahn ist Sicherheit dafür zu fordern, daß dieses Eigentumsrecht sich in einer größeren Einflussnahme der Reichsregierung auf die Geschäftsführung und Finanzverwaltung des Betriebes wie auch auf die Regelung der Personalverhältnisse auswirken muß.

2. Entsprechend der hohen Bedeutung, die die Reichsbahn als Verkehrsunternehmen im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft besitzt, ist das der Reichsregierung auf Grund des früheren Reichsbahngesetzes zustande gekommene Aufsichtsrecht in wesentlichen Punkten zu erweitern.

3. Für das gesamte Personal der Reichsbahn, Beamte, Angestellte und Arbeiter ist die allgemeine deutsche Gesetzgebung im vollen Umfang zur Anwendung zu bringen, und jede Ausnahmestellung des Personals gegenüber den übrigen deutschen Beamten, Angestellten und Arbeitern zu beseitigen.

Diese Grundforderungen wurden von den Vertretern der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer noch ergänzt. In der gesamten Besprechung ist weder von den Vertretern des Einheitsverbandes, noch von denen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotiv-

führer die Frage einer Vereinbarung (Tarifvertrag) erwähnt worden.

Die umfangreiche Denkschrift des Einheitsverbandes und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, die die Frage der Beseitigung des Eisenbahngesetzes behandelt und zu dem Young-Plan Stellung nimmt, hat nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Gläubigerländern beträchtliche Beachtung gefunden. Besondere Beachtung in dieser Richtung verdient, daß auch die Internationale Transportarbeiterföderation sich diese Denkschrift zu eigen macht.

Es muß auf das tiefste bedauert werden, daß einige Organisationen aus einem Agitationsbedürfnis heraus versuchen, Uneinigkeit unter das gesamte Reichsbahnpersonal zu tragen, wo die größte Einigkeit angebracht wäre. Die Eisenbahner haben alle Veranlassung einig zu sein, namentlich angesichts gewisser Vorgänge.

Dazu gehört in erster Linie der verheimlichte Schacht-Brief, der immer noch nicht der deutschen Öffentlichkeit bekanntgegeben ist.

Es ist lediglich bekannt, daß dieser ein persönliches Angebot des Reichsamtpräsidenten Schacht darstellt, dabei aber die volle Rechtswirkung des Young-Planes haben sollte. Durch diesen Brief soll in Erweiterung des Young-Planes der Reichsregierung jeglicher Einfluß auf die Reichsbahn, soweit wirtschaftliche, personelle und finanzielle Dinge in Frage kommen, genommen werden. Auch soll die Reichsregierung bereits durch den Schacht-Brief in bezug auf die Befehung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn festgelegt sein und zwar zur Sicherheit der deutschen Großindustrie.

Angesichts dieser Sachlage muß die Nebenforderung der Vertreter des Eisenbahnerverbandes und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer um so größere Bedeutung finden, die dahin geht,

daß den deutschen Mitgliedern in dem Organisationsausschuß Sachberater der Reichsbahn beigegeben werden, woran auch Vertreter des Personals bzw. der Gewerkschaften beteiligt werden sollen.

Die Einstellung der Sachverständigen in dieser Richtung bei den Reparationsverhandlungen in Paris war sicher nicht unparteiisch, denn sie haben bei diesen Verhandlungen wohl Sachbearbeiter der Reichsbahn hinzugezogen, haben aber Vertreter der Gewerkschaften nicht berücksichtigt und Sachbearbeiter der Regierung sogar abgeseht. Wenn sich dieses Spiel nicht fortsetzen soll, dann ist es unbedingt notwendig, daß Sachverständige der Gewerkschaften neben den Sachverständigen der Reichsbahn zugezogen werden.

Zugang.

Zwei Seelen — und ein Gedanke!

Die Hugenberg-Presse veröffentlicht, alphabetisch geordnet, eine nicht sehr umfangreiche Namensliste derer, die dem famosen „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ beigetreten sind. Außer mehr oder minder bekannten Parlamentariern der Rechten finden wir dort, durch einen netzlichen Zufall nebeneinandergestellt, folgende beiden Namen:

Koll, Gotthard, Parteivorsitzender, Charlottenburg; Bögl, Albert, Dr., Generaldirektor, Dortmund.

Der „Parteiorganisierende“ Gotthard Koll ist jener Mann, der in Versammlungen gegen 50 Pf. Eintrittsgeld den unwissenden Inflationsopfern Aufwertung der rostigstem Teufelsbraten und ähnliche Wunder verheißt. Seine „Partei“ dürfte die Mitgliederzahl eines besseren Regelclubs haben. Mit besonderer Gefälligkeit befiehlt Herr Koll den Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht.

Herr Dr. Bögl ist der sehr keröse Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, der eine gewaltige finanzielle Macht hinter sich hat. In Paris ließ er bei den Verhandlungen zum Young-Plan seinen Kollegen Hjalmar Schacht im Stich.

Was Herrn Bögl sonst mit Herrn Gotthard Koll verbindet, wußten wir bisher nicht. Jetzt wissen wir es...

Staatsdebatte in Sachsen.

Eine Niederlage des Bänder-Finanzministers.

Dresden, 12. Juli. (Eigenbericht.)

Der Sächsische Landtag beschloß am Freitag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Abgeordneten der Wirtschaftspartei, der Deutschnationalen, des Sächsischen Landvolks und einiger Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, die sächsische Gesandtschaft in München aufzuheben.

Abg. Geißer (Soz.) gab im Verlauf der Staatsdebatte namens der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der gesagt wird, daß es dem reaktionären Bürgertum mit Hilfe der Kommunisten gelungen sei, unter der heuchlerischen Parole: „Nie wieder Sowjettschäch“ eine Arbeitermehrheit im Sächsischen Landtag zu verhindern. Eine verfassungsmäßige Grundlage sei für die Regierung nicht vorhanden. Schon jetzt erhebe die Sozialdemokratie Protest gegen die Androhung des Finanzministers, die Beschlüsse des Landtages nur dann auszuführen, wenn sie nach seiner Auffassung finanziell tragbar seien. Mit schärfstem Nachdruck habe die sozialdemokratische Fraktion in den Ausschüßberatungen versucht, den Haushaltsplan seines einseitigen Charakters zugunsten der Besitzenden zu entleeren. Unbedingte Voraussetzung für einen entschiedenen fortschrittlichen Kurswechsel wäre die Aenderung der sächsischen Steuererhebung, um die tragfähigeren Kreise des Volkes zu den Verpflichtungen des Staates heranzuziehen und die Minderbemittelten zu entlasten. Durch die Notverordnung zur Erhebung der Grundsteuer zu den alten Einheitswerten verkenne die Regierung trotz der großen Finanznot des Landes weiterhin diese Millionen Mark. Zwar sei es der Sozialdemokratie gelungen, einzelne Verbesserungen für die Arbeiterklasse zu erreichen, aber die eingeleiteten Summen für den Gesundheitschutz der Arbeiter, für die Wohlfahrtspflege und für die kulturellen Aufgaben des Staates seien unzulänglich. Trotz der von den Regierungsparteien abgegebenen Versprechungen seien nach den Wahlen weitere Millionen gestrichen worden, die früher für soziale Verpflichtungen des Staates und für kulturelle Zwecke verausgabt wurden. Die privatwirtschaftliche Orientierung des Finanzministers sei eine ständige Gefahr für die staatswirtschaftlichen Betriebe. Der Bestand der gegenwärtigen Regierung, für den Demokraten, Altsozialisten und Aufwärtler ebenso verantwortlich seien wie die offi-

ziellen Regierungsparteien, sei für die künftige Entwicklung des Landes eine schwere Gefahr. Dieser Regierung steht die Sozialdemokratie mit schärfstem Mißtrauen gegenüber. Sie lehne daher den Haushaltsplan in seiner Gesamtheit ab. — Die Staatsdebatte führte zum Schluß zu einem heftigen Konflikt innerhalb der Regierungsparteien. Der wirtschaftsparteiliche Finanzminister Weber forderte mit Nachdruck die Ermächtigung, daß die Beträge, die im ordentlichen Haushaltsplan für Neubauten eingesetzt sind, nur ausgegeben werden dürfen, wenn das Finanzministerium vorher festgestellt hat, ob die erforderlichen Mittel auch verfügbar sind. Dagegen richtete sich ein Antrag auf Streichung dieser Ermächtigung, der mit 69 gegen 23 Stimmen angenommen wurde. Die Minderheit setzte sich aus den Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und dem Landvolk zusammen. Mit der Stimmen stimmen Volksparteier, Demokraten und Nationalsozialisten.

Nach der Annahme des Etats vertagte sich der Landtag bis zum Oktober.

Regierungserklärung in Mecklenburg.

Loderung der Wohnungszwangswirtschaft.

Schwerin, 12. Juli. (Eigenbericht.)

In der am Freitag im Landtag für Mecklenburg-Schwerin abgegebenen Regierungserklärung des Rechtskabinetts heißt es, daß das Ministerium eine allgemeine Steuerermäßigung nicht durchzuführen beabsichtigt. Die Einnahmen des Landes dürften keinerlei Kürzungen erfahren. Notwendig wäre strengste Sparsamkeit auf allen Gebieten, Vereinfachung der Verwaltung und Vermeidung jeder Vergrößerung des Angestelltenkörpers. Bei der Aufnahme neuer Anleihen solle große Zurückhaltung geübt werden. Die Regierung werde ferner mit allen Mitteln versuchen, die Selbstständigkeit Mecklenburgs zu erhalten.

Zwecks Behebung der Agrarkrise werden Kreditmaßnahmen angekündigt. Eine gesunde Siedlung soll im Rahmen der vom Reich gewährten Mittel gefördert werden. Rentable Landwirtschafts-Reitorationen sollen in Angriff genommen werden. Die Wohnungszwangswirtschaft wird gelockert werden. Das Wohnungsbedürfnis der Schüler der kleineren Städte soll durch den Ausbau der Mittelschulen befriedigt werden.

In der Debatte wurde von dem sozialdemokratischen Redner Wollmann besonders scharf gegen die beabsichtigte Loderung der Wohnungszwangswirtschaft Stellung genommen und bemängelt, daß sich in der ganzen Regierungserklärung weder ein Satz über die Behebung der Not der Landarbeiter noch über die Einstellung der Regierung zur Republik befände. Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag wurde durch einen Beschluß der Regierungsparteien, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, hinfällig.

Kaufpreis bezahlt — Fememörder entlassen.

Schwerin, 12. Juli. (T.U.)

Wie im Mecklenburg-Schwerinischen Landtag mitgeteilt wird, beabsichtigt das Staatsministerium, die in Mecklenburg in Strafbhaft befindlichen, wegen Fememordes Verurteilten zu begnadigen. Die Begnadigten werden bereits am Montag aus der Strafanstalt Dreierberg bei Bülow entlassen werden.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Brüning, der seit dem vergangenen Jahre neben seinem Reichstagsmandat auch ein Mandat im Preussischen Landtag besitzt, hat das preussische Mandat jetzt wegen Arbeitsüberlastung niedergelegt. Nachfolger Brünings im Preussischen Landtag ist der Gewerkschaftssekretär Karl Hillenbrand, Saarbrücken.

Poincaré redet weiter.

Hessige Kammerdebatten.

Paris, 12. Juli. (Eigenbericht.)

Poincaré lehnte am Freitag in der Kammer seine Erklärungen über die Ratifikation der Schuldenabkommen fort. Der größte Teil des Hauses würdigte nicht ohne Bewunderung die in dem langen Exposé enthaltene Arbeitsleistung.

Am Vormittag bemies Poincaré in einleuchtender Weise, daß alles von der französischen Regierung versucht worden sei, um von den Amerikanern Erleichterungen der Zahlungsbedingungen zu erhalten. Ein Verzicht auf Zahlung, der von verschiedenen Seiten gefordert werde, wird verhängnisvolle Folgen für Frankreich nach sich ziehen. Auch jede andere Regierung werde ratifizieren müssen. Die Ruhrbesetzung habe dem französischen Schatzamt die Summe von 1 1/2 Milliarden Franken eingebracht, vor allem aber habe sie die Annahme des Dawes-Planes gesichert. Als der passive Widerstand aufgehört habe, seien die Sachverständigen zurückgetreten. Zu dieser Zeit habe Macdonald anerkannt, daß die Frage der interalliierten Schulden mit der Reparationsfrage verbunden sei. Herriot habe später auf dieser Verbindung bestanden, sei aber damit auf den unüberwindlichen Widerstand Englands gestoßen.

Nachmittags entspann sich eine heftige Kontroverse zwischen Poincaré und dem früheren Ministerpräsidenten Herriot, der erklärte, auch Frankreich hätte den Plan Bonar Law annehmen sollen, dann wäre die Verbindung zwischen Reparationen und interalliierten Schulden zustande gekommen und dann hätte man Deutschland einen gemeinsamen Willen entgegen gestellt. Poincaré erwiderte, die darin geforderten Zahlungen wären von Deutschland niemals angenommen worden, worauf Herriot rief: „Sie haben damals den Plan Bonar Law abgelehnt, weil er eine Reduktion für Deutschland bedeutet hätte, und jetzt erklären Sie, daß seine Lasten zu hoch gewesen seien.“ Poincaré beschränkte sich darauf, zu erwidern, daß der Bonar-Law-Plan nie existiert habe.

Poincaré bittet, nicht in der Vergangenheit zu wühlen, worauf ihm der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol antwortet, er selbst sei es ja, der durch seine historischen Auseinandersetzungen aufreize.

Poincaré kommt immer wieder darauf zurück, daß er recht gehabt habe, den Plan Bonar Law abzulehnen, während Herriot dem entgegensteht.

Poincaré erklärt hierauf: Ich habe nicht gesagt, daß ich den Plan Bonar Law abgelehnt habe, weil die von Deutschland geforderte Annuität zu hoch gewesen wäre, ich hatte einen anderen Grund. (Von der linken Seite wird gerufen: Welchen?) Poincaré erwidert:

Ich werde ihn sagen, wenn ich will.

Lesen Sie doch das Selbstbuch von damals. Der Ministerpräsident kommt immer wieder auf den Plan Bonar Law zurück, um zu beweisen, daß er nicht die Unterzeichnung Amerikas und auch nicht diejenige Deutschlands erbracht haben würde, und selbst, wenn er regelmäßig funktioniert haben würde, wäre er nichts so vorteilhaft gewesen, wie der Dawes-Plan. Poincaré geht alsdann dazu über, festzustellen, daß die französische Regierung im Dezember 1922 den Entschluß gefaßt habe, in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Diese Operation habe nicht nur anderthalb Milliarden für Frankreich erbracht, sondern auch Geld für Amerika und Belgien. Der unabhängige sozialistische Abgeordnete Barenne ruft dazwischen: Denken Sie doch bei Ihren Ausführungen an die nächste Regierungskonferenz! Worauf Poincaré erwidert:

Ich ziehe keinen Vergleich zwischen dem jetzigen Deutschland und dem Deutschland von 1923 und noch weniger mit dem kaiserlichen Deutschland.

Strosemann ist übrigens erst zur Regierung gekommen nach Aufgabe des Ruhrwiderstandes. Wenn Sie von dem Eindruck sprechen, den das, was hier gesagt wird, im Auslande machen wird, dann denken Sie doch auch daran, daß Sie von den Handlungen der französischen Regierung sprechen.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung fährt Poincaré in seinem Exposé fort und behauptet, der Dawes-Plan sei als Folge der Ruhrbesetzung zu bezeichnen. Er habe sofort greifbare Ergebnisse erzielt, während der Plan Bonar Law ein Moratorium von vier Jahren vorgezogen habe.

Poincaré hat seine Rede heute nicht beendet. Um 7 Uhr vertagte sich die Kammer auf Dienstag vormittag. Man hofft, daß in dieser Sitzung das Exposé des Ministerpräsidenten beendet werden kann.

Kommunistenunruhen in Peking.

Polizei und Kommunisten drohen mit Geiselnahme. Peking, 12. Juli. (T.)

Am Donnerstag kam es in Peking zu Zusammenstößen zwischen der chinesischen Polizei und dem chinesischen kommunistischen Verband Kik, bei denen die Polizei scharf gegen die Kommunisten vorgehen mußte. Die Kommunisten haben zwei Polizisten gefangen genommen, ohne daß die Polizei die beiden auffinden und befreien konnte. Die chinesische Polizei in Peking hat 19 Kommunisten verhaftet und erklärt, daß sie die verhafteten Kommunisten erschließen würde, wenn die gefangenen Polizisten nicht in Freiheit gesetzt würden. Der kommunistische Verband Kik ist sehr stark und hat schon mehrere Zusammenstöße mit der Polizei gehabt. Die Befreiung der beiden Polizisten durch die Kommunisten hat in Peking große Unruhe hervorgerufen, da die Kommunisten in der letzten Zeit sehr stark geworden sind und die Polizei bedrohen. Die kommunistischen Verbände wollen die beiden Polizisten erschließen, wenn die verhafteten Kommunisten nicht freigelassen werden.

250 Stunden in der Luft.

Die Dauersieger gelandet.

New York, 12. Juli.

Nach einer Meldung aus Culver-Stadt sind die Sieger des Auffüllungsfluges, nachdem sie 250 Stunden geflogen waren, glatt gelandet.

Jugoslawische Diskurwillkür. Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ in Belgrad ist auf Veranlassung der Belgrader Polizeibehörde nunmehr das zweite Mal innerhalb kurzer Zeit ausgewiesen worden. Dem Korrespondenten wurde am Donnerstag mündlich mitgeteilt, daß er Jugoslawien innerhalb drei Tagen zu verlassen habe. Die Ursache dieser Maßnahme ist in einem wahrheitsgetreuen Artikel über „Die Massenerschließung auf dem Balkan“ zu erblicken.

Reichsausschuß für Volksbegehren.



Eugen Bergl: „Unser Reichsausschuß für das Volksbegehren soll zunächst alle die Kreise umfassen, die als Junker, Standesherrn, Offizierspensionäre, Schwerindustrielle gegenüber dem Staat schon reiche Erfahrung im Begehren haben.“

Arbeiterminister und Oberhaus.

Ein Reformvorschlag.

London, 12. Juli. (Eigenbericht.)

Lord Darling wird in der kommenden Woche im Oberhaus einen Antrag einbringen, nach dem in Zukunft Minister, die nur dem Unterhaus angehören, auch das Recht erhalten sollen, im Oberhaus als Vertreter der Regierung zu sprechen.

Der bisherige Zustand, daß die Mitglieder der britischen Regierung lediglich in derjenigen Kammer sprechen können, der sie als Mitglied angehören, daß z. B. der Ministerpräsident Macdonald als Mitglied des Unterhauses an keiner Debatte des Hauses der Lords teilnehmen kann, ist seit längerem als unzeitgemäß empfunden worden. Der Zustand ist im gegenwärtigen Augenblick geradezu grotesk, wo die Arbeiterregierung im Oberhaus lediglich ein Bäckerduehnen von Vertretern besitzt, deren Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei überdies vielfach eine Form-sache darstellt. Unter diesen Verhältnissen wäre die einzige Hilfe die Schaffung einer größeren Anzahl sozialistischer Lords aus den Reihen der Gewerkschaften. Ein solches Vorgehen würde jedoch naturgemäß auf starken Widerstand in den Reihen der Arbeiterpartei stoßen, ganz abgesehen davon, daß ein großer Teil der Führer der Arbeiterpartei und Gewerkschaften die Erhebung in den erblichen Adelsstand ablehnen würde. Dies hat sich besonders in den letzten Tagen wieder deutlich gezeigt, als mehrere Gewerkschaftsführer, darunter der Führer der Transportarbeiter Benin, die Ernennung zum Lord abgelehnt haben, so daß die Standeserhebung von Augenzeugern, Sir R. B. Macdonald und Sir C. C. Morris, zu Lords notwendig wurde. Unter diesen Umständen besteht der Antrag des Lord Darling besondere Bedeutung. In den Kreisen der Arbeiterpartei ist man, obwohl der Antrag an sich begrüßt wird, der Auffassung, daß die Arbeitsüberlastung der Minister einen solchen doppelten Präzedenzfall im Unter- und Oberhaus unerwünscht macht.

Die Gummigefinnung.

Auch ein Beitrag zum Kapitel SPD.

Maslows Wiederaufnahme in die SPD. steht nach der Unterzeichnung der von uns bereits mitgeteilten Gimpflichen und unwürdigen Bedingungen nichts mehr im Wege. Es ist jetzt knapp ein Jahr her, daß der gleiche Maslow die Beute charakterisierte, vor denen er heute kapituliert. Damals sprach er von ihnen als von einem „Eichenwald von Beuten mit auswechselbarer Gummigefinnung“. Aus diesem „Eichenwald“ der SPD. ließ er folgende Prominente hervortreten. (Wir zitieren den linkskommunistischen „Volkswillen“ mit dem Artikel Maslows):

„Dieses Geschmeiß (gemeint ist das J.R. der SPD.) ist sehr mutig, wenn das keine Anforderungen an ihre eigenen werten Leichname stellt, so etwa als Bataillonsadjutanten der königlich sächsischen Armee bei der Fällung von Bolschewiken in der Ukraine (Schneider), als königlich preussische Leutnants im Weltkrieg, weniger aber in revolutionären Situationen (Dengel) als Ministerialadjutanten in Sachen (Ewert), als Schlachtenbummler in chinesischen Kneipen, weniger bei den Revolutionenkämpfen (Heinz Neumann) als Her oder auf 51 Beobachtete im Krieg (Leow) als Anhänger weigardistischer Regierungen in den Jahren 1918/19 (Sieptow, Rofes) usw.“

Die also charakterisierten revanchierten sich mit der Verbreitung der Gerüchte, Maslow sei ein „Polizeispittel“. Heute will diese edle Kumpanei Frieden schließen...

Aus einer kleinen kommunistischen Stadt

Der kommunistische Bürgermeister ausgeschlossen. — Es menschelt in der SPD.

In Ruhla in Thüringen amtiert ein kommunistischer Bürgermeister namens Kohlrusch. Er hat die Kühnheit befaßt, sich gegen die Spaltung der Freidenkerorganisation zu wenden, die von der alleinvertretenden Thälmannschen Richtung befohlen worden ist.

Es erschien der Bezirkssekretär Nikolaus Pfaff, Leddys Hausknecht in Thüringen, und veranstaltete eine Mitgliederversammlung. Bürgermeister Kohlrusch wurde aus der SPD. ausgeschlossen. Abstimmungsverhältnis: 25 gegen 13 Stimmen. Es gibt in Ruhla 2200 kommunistische Wähler.

Nun setzt sich Herr Kohlrusch im Sprechsaal des bürgerlichen Amtsblattes, der „Ruhlaer Zeitung“ zur Wehr:

„Was vor Jahren noch als heiligste Lehre Benins propagiert wurde, ist heute „sozialdemokratisch“, „antifaschistisch“, „opportunistisch“. Und die Genossen, die gegen die Entwidlung und Tendenzen innerhalb der Partei zur Gewerkschaftspaltung, Spaltung der Massenorganisationen auftraten, schloß der Parteiparat letzenweils aus der Partei aus und werden in der üblichen Weise behandelt und bestraft. Disziplin innerhalb der Partei ist notwendig, und ich streite ihre Berechtigung nicht ab. Aber Disziplin kann nur erwachsen auf dem Boden des Vertrauens,

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

London, 12. Juli. (Eigenbericht.)

Der Minister für Arbeitsbeschaffung J. H. Thomas hatte am Freitag die Genehmigung, für einen, wenn auch kleinen, Teil seines Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Zustimmung des gesamten Parlaments zu finden. Das Unterhaus nahm ohne Abstimmung, d. h. unter allgemeiner Zustimmung des gesamten Hauses, eine Regierungsvorlage an, durch die eine Summe von 30 Millionen Mark für die Entwicklung der Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete zur Verfügung gestellt werden soll. Thomas betonte, daß diese Summe die Durchführung von Arbeiten in Höhe von 800 Millionen Mark ermöglichen wird, so daß größere Aufträge an Großbritannien vergeben werden würden.

Der nächste Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des Programms der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellt die geplante Bereitstellung von 500 Millionen Mark für staatliche Garantien von Anleihen dar. Diese Garantien sollen auf die Förderung von Unternehmungen beschränkt bleiben, deren Entwicklung einen direkten Einfluß auf die Behebung der Arbeitslosigkeit besitzen.

Arbeiterabgeordnete gegen Einreisewilligung für Mussolini.

London, 12. Juli.

Der sozialistische Abgeordnete Wedgwood beabsichtigt, am Montag im Unterhaus den Premierminister zu interpellieren, ob die Regierung geneigt sei, Mussolini die Einreisewilligung nach England zu erteilen. Bekanntlich plant Mussolini aus Anlaß der großen Flugzeugausstellung in der Olympia-Hall London einen Besuch abzustatten.

auf dem Boden der inneren Wahrheit, sonst führt sie zu militärischem Radavergehorsam und damit zur inneren Verleumdung, um so mehr, wenn man aus jahrelanger Erfahrung weiß, daß diejenigen, die am lauesten „Disziplin“ schreien, sie in entscheidenden Augenblicken nicht geübt haben.“

Stucht eines Kommunisten ins bürgerliche Amtsblatt. Das Amtsblatt aber fügt hinzu, daß Herr Nikolaus Pfaff schon im Jahre 1923 in Ruhla als Bürgermeisterkandidat aufgetreten sei, und daß es den Anschein habe, daß Herr Pfaff keinem Parteifreund Kohlrusch das Bürgermeisteramt mißgönne...

Münchener Studentenlärm.

Sie protestieren gegen den preussischen Kultusminister.

München, 12. Juli. (Eigenbericht.)

Die nationalsozialistischen Studenten der Münchener Hochschulen veranstalteten am Freitag eine Straßendemonstration gegen den preussischen Kultusminister Dr. Becker, an der sich im wesentlichen die Farben tragenden Korporationen, aber ohne die katholischen Verbindungen beteiligten. In einer Entschliebung wird schärfster Einspruch erhoben „gegen das System Wetternich, in dem sich demokratisch nennenden Preußen, gegen die Knebelung der akademischen Freiheit und gegen das Vorgehen der Berliner Polizei am 28. Juni“. Die Rundgebung verlief völlig unbeachtet und ohne jede Anteilnahme der Bevölkerung.

Göbbels auf dem WC.

Zwischen den Hakenkreuzlern um Otto Strasser, dem Bruder von Gregor Strasser, und den Leuten um Göbbels und Hitler besteht bittere Feindschaft. Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte, und so erfährt man aus dem Streit dieser Gruppe einige interessante Einzelheiten. Die Leute um Otto Strasser werfen Göbbels vor, daß er der Bewegung durch sein „jüdisches Aussehen“ schade, noch mehr dadurch, daß er, der niemals im Feld gewesen ist, ständig den Frontsoldatengeist im Munde führe. Sein hervorragender Charakterzug sei die Feigheit. Er lasse sich niemals auf der Straße erblicken, ohne von seinem Leibwächter, dem Abgeordneten Haack, begleitet zu sein. Während des Besuches der politischen Polizei auf dem Gaudureau der Nationalsozialisten habe sich Göbbels der Held stundenlang auf der Toilette eingeschlossen.

Das ist derselbe Göbbels, der im Reichstag mit Heidenpose den Republikanern ankündigte, daß er sie aufhängen lassen werde! Man stelle sich das Bild vor: Der Hängeheiß in dem engen Raum eines WC. eingeschlossen, ängstlich auf jeden von außen eindringenden Ton horchend, in schlotternder Furcht, daß ihn ein Kriminalbeamter fragen könnte, was Nam und Art er sei. Ah und zu wird der Dedel gelüftet, um der Angst Auslaß zu verschaffen. Der will Republikaner hängen? Der fällt ganz bestimmt noch vorher vor bleicher Furcht in Ohnmacht!

Für die bei der Beisetzung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwagers und Großvaters, des Gastwirts

Otto Niendorf

erwiesene Teilnahme, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Kurzreiter sage ich diesem und den Vereinen und Organisationen, allen Freunden, Bekannten und den Mietern des Hauses Chausseestr. 19 im Namen der Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank.

Ww. Hulda Niendorf.

Berlin-Mariendorf, den 11. Juli 1929.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden meines unerschütterlichen Mannes, des treueorgenden Vaters seiner einzigen Tochter, Seten

Kurt Körner

legen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank für das ehrende Geleit. Besonderen Dank der Betretung seiner Arbeitskollegen für die tröstenden Worte am Sarge, ferner der 3. Kameradschaft des Reichsbundes sowie der St. Vitell.

Reutlin, im Juli 1929.
Die trauernde Witwe
Helene Körner nebst Tochter Dora und Eltern und Geschwister.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollege, der Schlichter

Hermann Müller

geb. 28. Juli 1875, am 10. Juli an Herzschlag gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag dem 15. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt. Regere Beteiligung wird erwartet.

Am 30. Juni starb infolge Unfalls unter Kollegen, der Baukumpen

Karl Schilling

geb. 21. August 1907.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnabend, 13.7. Staats-Oper Unter d. Linden R.-S. 11 20 Uhr
Der Barbier von Sevilla

Sonnabend, 13.7. Staats-Oper Am Plä. Republ. A.-V. 31 19 1/2 Uhr
Freischütz

Sonnabend, 13.7. Stadt. Oper Bismarckstr. 20 Uhr
Geschlossen

Sonnabend, 13.7. Staatl. Schauspiel am Gendarmenmarkt 20 Uhr
Geschlossen!

Sonnabend, 13.7. Staatl. Schiller-Theater, Charlith. 20 Uhr
Geschlossen.

SCALA 8 Uhr Barb. 9256
van Horn & Jnez, Barbetta usw.
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
3 30 u. 8 Uhr, 3 30 ermäßigte Preise

PLAZA Tägl. 5 u. 8 15
Sonat. 2, 5 u. 8 15
Alex. 2066
INTERNAT. VARIÉTÉ

Stern
Billige
Ferien-Sonderfahrten

Ab Berlin-Weidendammbrücke:
9 Uhr. Sonnt., Dienst., Donnerstag n. Paris — Mont., Freit. n. Ketata m. Rundfahrt um Potsdam. Hin u. zurück Werkt. Rmk. 2.-, Sonnt. Rmk. 3.- — Mittw. n. Tempeln Rmk. 1.50 u. Ferch Rmk. 2.- — Mittw. ab Weidendammbrücke 7.30 Uhr n. Brandenburg Rmk. 3.- — Donnerst. ab Spandau, Charlottenbrücke, 8 Uhr n. Brandenburg Rmk. 2.- — N. Kohlhasenbrück, Grubenitzsee Dienst. ab Charlottenburg, Schloßbrücke 13.30 Uhr — Nach Birkenwerder-Lehnitzsee Mittw. u. Freit. ab Charlottenburg, Schloßbrücke 9.30 Uhr. — N. Glindower Alpen Donnerstag ab Charlottenburg, Schloßbrücke 9.30 Uhr. Hin u. zur. n. Kohlhasenbrück Rmk. 1.50, n. Lehnitzsee Rmk. 1.50, n. Glindower Alpen Rmk. 2.-.

Ab Berlin-Jannowitzbrücke:
Werkt. 9 u. 14 Uhr n. Grünau-Schmöckwitz 8.30 Uhr n. Wollersdorfer Schleuse-Möllensee — Werk. (auß. Sonnabend) 10 Uhr n. Ziegenhals-Weißes Schloß — Sonnt., Dienst., Donnerst. 7.45 Uhr n. Teupitz-Tornow Idyll — Mont., Mittw., Freit. 9.30 Uhr n. Prierosbrück — Mont., Mittw., 8.30 Uhr n. Paris — Dienst. 8.30 Uhr n. Machnow-Schleuse — Donnerst. 8.30 Uhr n. Kohlhasenbrück — Freit. 8.30 Uhr n. Forsthaus Templin.

Ab Tegel-Seeufer:
Mont., Mittw., Freit. 7 Uhr n. Werbellinsee-Altenhof — Mont. 10 Uhr n. Potsdam-Aler Tornow — Dienst. 10 Uhr n. Paris — Mont. u. Freit. 14.30 Uhr n. Birkenwerder-Lehnitzsee.

Aus dem Teltow-Kanal:
Ab Neukölln, Rudower Str., 8.30 Uhr u. den darzwischenliegenden Stationen: Mont. n. Ferch — Mittw. n. Glindower Alpen — Donnerst. n. Ketata — Dienst. u. Freit. n. Paris — ab Lichtenfelde, Glindower Siraße, 9.30 Uhr — Dienst. n. Prinzengärten — Mittw. n. Wollersdorfer Schleuse — Donnerst. n. Rübesahl — Freit. n. Schmöckwitz.

Auskünfte: Mittelstr. 25. Zentr. 3747-3749.
Bitte, ausschneiden!

Volksbühne
Theater am Blümlplatz
8 1/2 Uhr
Berlin, wie es weint u. lacht

Theater am Schiffbauerdamm.
Norden 1141 u. 281
8 1/2 Uhr
Gruppe junger Schauspieler

Revolte im Erziehungshaus
(Kranführungsbesetzung)

Partei- und Gewerkschaftsmittgl. gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches statt 3 und 4 Mark nur 1 Mark

Deutsches Theater
D.1. Norden 12310
8 1/2 Uhr, Ende gegen 11
Die Fledermaus

Musik v. Joh. Strauß.
Regie: Max Reinhardt.
Musik. Einrichtung und Leitung E. W. Korngold.
Ausstatt. L. Kainer

Die Komödie
J1 Bismck. 2414/7510
8 1/2 Uhr, Ende geg. 10 1/2 U.

Reporter
3 Akte v. Ben Hecht und Mac Arthur
Regie: Heinz Hilpert.

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Revolution bei Stern's

Rundfunkhörer halbe Preise.

Theat. d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Sonntag 3 1/2 u. 8 1/2
Franz Lehars Welterfolg!

Friederike
Carola, Hanns Wilhelm
Telephon Steinplatz 6931 u. 5121

Barnowsky-Bühnen
Theater in der Königgrätzer Straße
Bergmann 2110
Täglich 8 1/2 Uhr
Letzte 3 Aufführungen

Rivalen

Komödienhaus
Norden 6304
Täglich 8 1/2 Uhr
Hochzeitsreise
Sommerpreise!

SCHILFUSSTAG

unserer
Bekleidungsstage



Damen-Filzhut Ähnlich wie Abb. Stück 2⁹⁰

Herren-Jacquardsocken oder Damen-Strümpfe aus echt ägyptisch Mako... Paar 90

Feinfarbige Damen-Schuhe Paar 6⁹⁰

Bubl-Nachthemd mit reicher Stecker- und Klöppel-Verf. Stück 2⁹⁵

Damen-Bademantel farbiger Krawattenstoff Stück 7⁹⁰

Herren-Bademantel moderne Jacquardmuster, St. 9⁵⁰

HERMANN TIETZ

Leipziger Straße, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Belle-Alliance-Straße, Brunnenstraße, Kottbuser Damm, Wilmersdorfer Straße, Andreasstraße

Vollvolle-Kleid leichte neue Zipfelform. in schönen modernen Farbenzusammenstellungen bis Gr. 48 10⁷⁵

Crêpe de Chine-Kleid bedruckt, schöne kleidende Farbenanmischung, Hülfenform Stück 19⁷⁵

Winter Garten

8 Uhr - Zentr. 2819 - Gauden erleicht Film-Sensation: „Wie Schmelting Paulino besiegte“ - Der Wunderknabe Conche und weitere Varieté-Neuheiten.
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
3³⁰ und 8 Uhr, 3³⁰ kleine Preise.

Rose-Theater, Große Frankfurter Str. 152.
Gartenbühne: 8.30 Uhr
Konzert u. Gr. Varieté-Vorstellung.
8.15 Uhr: Gräfin Mariza Große Operette von Kálmán im Innen-Theater: Täglich 8.15 Uhr
„OLAF“ Tragödie eines Sportlers

Planetarium am Zoo
Tägl. 10 Uhr
18 1/2 Uhr Sternbilder des Sommers
18 1/2 Uhr Der Glühball der Sonne
20 1/2 Uhr Von Pei zu Po am Sternschnuppen

Luna-Park
dem größten interessanten populärsten Vergnügungspark Deutschlands
100 Attraktionen
Frei-Varieté
Großes Brillant-Feuerwerk

Theat. am Kottb. Tor Kottb. Str. 6
Tägl. 8 1/2 Uhr
Elite-Sänger Neues Programm! Ab 17. 31. 7. Gastspiel der 9 Original Letzter Fritz-Weber-Sänger

Sommer-Garten-Theater Berliner Prater
N 58, Kast.-Allee 7-9. Tel. Hb. 2246
Gastspiel Gastel Boaz, Gretel Lilian Zarewitsch
Operette von Franz Lehár
Dazu der große Varietéteil.
Anfang Konzert 4.30. Burleske u. Varieté 6 Uhr. Operette 8.30.
Jeden Donnerstag großer Volksstag.
Jed. Mittw. Kinderfest u. Verlosung

Metropol-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Sonntags 3 1/2 u. 8 1/2
Blaubari
Operette von Offenbach
Kammersänger Leo Slezak

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr
Stettiner Sänger
nur noch bis 15.7.
Ab 16. 7.: Gastspiel der Dresdner Victoria-Sänger
Öhnhoff-Brettli: (Saal und Garten)
Varieté; Konzert; Tanz
Adolf-Becker-Orchester

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr als Spezialität.
Conrad Müller
Leipzi: - Senkeuditz

Krause-Pianos zur Miete
W50, Ansbacherstr. 1

Wochenende im Luna-Park
dem größten interessanten populärsten Vergnügungspark Deutschlands
100 Attraktionen
Frei-Varieté
Großes Brillant-Feuerwerk

Rennen zu Strausberg
Sonnabend, d. 13. Juli nachmittags 3 Uhr.

Mein Kapitän-Kautabak
schmeckt mir doch am besten!

Wanderkarten
L. Juergens
Alexanderplatz
Neue Königstr.

Omnibus 86
ab Grünau, Bohnsdorf, bei Ritzplan über 90 Postellen an der Schönfelder Chaussee, Berl. b. Heftparzellen am 1. u. 2. an. Brei-Flügel Sonntags anweihn.
C. A. Winkler
Zehlendorf-Mitte
Teltower Str. 8.
September 1928.

127

Plädoyer im Stinnes-Prozeß.

Der Staatsanwalt sagt: Versuchter Betrug.

Sechs Stunden lang klagte der Staatsanwalt Berliner an und wurde nicht fertig. Er hat es sich nicht leicht gemacht und leicht werden es auch die Verteidiger nicht haben. Wenn das Gerichts-urteil fällt, dürfte ihnen vielleicht doch das Lächeln vergehen, das mehr als einmal bei den starken staatsanwaltlichen Argumenten um ihre Lippen spielte. Vielleicht sollte es nur ihren Klienten Mut zu sprechen. Denn eines Trostes bedürften sie. Waldow sah da, einem Schulbuben gleich, der wegen gestraft wird. Stinnes blickte mit bösen Augen zum Staatsanwalt hinüber und senkte erst die Blicke, als dieser sich mit ihm zu beschäftigen begann. Erst nach einer geraumen Zeit fand er den Mut, sie wieder auf den Ankläger zu richten. Der Staatsanwalt Berliner fügte aber Stein auf Stein, bis sich um die Angeklagten eine unüberwindbare, scheinbare Mauer von Argumenten legte. Leidenschaftlos leitete der Staatsanwalt psychologische Füllarbeiten. Um so stärker war die Wirkung.

Staatsanwalt Berliner spricht:

Der Prozeß, sagte der Staatsanwalt Berliner, hat weit über die Grenzen Deutschlands Aufsehen erregt; denn auf der Anklagebank sitzt Hugo Stinnes, der Träger eines Namens von Welt, eines Namens, der geradezu mit sprichwörtlichem Reichtum verknüpft ist. Und diesem Mann wird zur Last gelegt, daß er sein Vaterland um mehrere Millionen habe betrügen wollen. Ich halte ihn nicht zu einem gemeinen Betrug an seinen Mitmenschen fähig. Wie ist aber dann sein Handeln psychologisch zu erklären? Aus der antisozialen Einstellung des Hugo Stinnes. Diese, den Staat schädigende Einstellung ist in weiten Kreisen verbreitet. Steuerhinterziehung gilt nicht als ehrlose Handlung — ungeachtet der Finanznot des Staates. Unter Stinnes' Vertrauensleuten sprach man von Schwarzlöcher und Grünlöcher. Bei den ersteren handelte es sich um Steuerhinterziehungen, bei den letzteren um solche, die dem Bevollmächtigten der Stützungsaktion der Banken für das Stinnes-Erbe nicht bekannt werden durften.

Aus dieser Mentalität heraus ist auch die den Angeklagten zur Last gelegte Tat zu verstehen. Schneid, Bela Groß, Leo und Eugen Hirsch haben von vornherein gewußt, daß es sich um ein betrügerisches Geschäft handelte; Stinnes, v. Waldow und Rothmann läßt es sich nicht nachweisen. Aber Stinnes hat von vornherein das Gefühl gehabt, daß es sich um ein unerlaubtes Geschäft handelte. Deshalb schämte er sich, seinen väterlichen Freund, den Rechtsanwalt Heul, zu Rate zu ziehen, und deshalb warnte er Waldow, eine unerlaubte Handlung vorzunehmen. Im Mai 1927 erfuhr er, daß für das französische Geschäft falsche Schlussnoten vermerkt worden seien — für ein legales Geschäft — sagte er, weshalb hat er das nicht früher gesagt? Geht man selbst von dieser Aussage aus, so mußte er von diesem Moment an, daß es sich um einen Betrug handelte. Er ist aber nicht vom Geschäft zurückgetreten, sondern hat Waldow nach Paris entsandt, damit dieser die 300 000 Mark rette. Waldow setzte nun den französischen Abgeordneten Calmon in Bewegung und dieser veranlaßte zwecks Befreiung der Abwicklung des Anleihegeschäftes eingeschriebene Briefe an die verschiedenen offiziellen Stellen. Stinnes hat erst zu dieser Zeit bösgläubig gehandelt — sofern seine heutige Aussage zutrifft. Anders liegen die Dinge, wenn man zu den Untersuchungsprotokollen greift.

Was die Untersuchungsprotokolle verraten!

Da ist z. B. Waldows Geständnis. Es soll ihm erpreßt worden sein. Er will gehofft haben, aus der Haft entlassen zu werden. Die Sachverständigen sprachen von der Möglichkeit einer Haftpflanze. Waldow hat aber dieses Geständnis erst sechs Monate später widerrufen, als er sah, daß die Anklageschrift immer wieder ihn jitzerte. Sein Geständnis wird durch andere Tatsachen bestätigt. Die Zeugin Groß hat in der Voruntersuchung auf Waldows Ver-

anlassung, unbeeinflusst von ihm, das gleiche ausgesagt wie er. In Hand der Briefe, die Waldow ihr aus Frankreich und England geschriebenen hatte, zeigte sie Schritt für Schritt den Gang des Anleihegeschäftes auf. Daraus ergab sich, daß Waldow bereits im November 1926 aus einer Unterhaltung mit Schrandt erfuhr, daß die Papiere gefälscht sein müssen. Daß er das mußte, hat er auch seinem Verteidiger anvertraut. Eine Bestätigung findet Waldows Geständnis auch in den Aussagen der Zeugin Pama und des Justizrats Martus. Er ist des Betruges überführt.

Waldows Rolle.

Des Betruges überführt ist auch Stinnes. Auch er hat sein Geständnis widerrufen. Auch dieses Geständnis ist glaubhaft und wird durch andere Beweismittel gestützt. Stinnes konnte keine vernünftige Erklärung dafür finden, daß er trotz seiner Unschuld das Geständnis abgelegt hat. Glaubte er dadurch der Untersuchungschaft zu entgehen? Warum hat er es nicht sofort widerrufen, als er sah, daß ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden ist. Waldow hat Stinnes in der Voruntersuchung beauftragt. Es ist nicht mehr, wie er später erklärte, daß er sich erst während der Untersuchungschaft in den Haß gegen Stinnes hineingerannt hat. Schon im April machte er Andeutungen, daß Stinnes ihm würde helfen müssen. Er sprach zu dem Kriminalkommissar Rasmow auf der Fahrt von Salzburg nach Berlin schlecht über Stinnes und bezichtigte ihn des Betruges, als er sah, daß er nichts mehr von ihm zu hoffen habe. Wiederholt sagte er, Stinnes würde, wie immer, auch jetzt frei ausgehen. Unmöglich erscheint es, daß Waldow, nachdem er den Betrug erkannt, auf eigene Verantwortung das Geschäft fortgesetzt haben sollte. Ganz so wie er im Mai 1927, laut Stinnes' eigener Behauptung, ihm mitgeteilt hat, daß falsche Schlussnoten verwendet worden seien, mußte er ihm im November 1926 von den gefälschten Schrandtschen Papieren berichten. Dazu zwang ihn sowohl seine hemmungslose Mittellässigkeit als auch die Erziehung zum Gehorsam, die er als Kadett genossen hat. Daß er aber Stinnes damals die Mitteilung gemacht hat, folgt auch aus dem Telefongespräch, das er von Paris aus mit Stinnes führte: „Herr Stinnes“, sagte er, „Sie können mich doch nicht einfach sitzen lassen und so tun, als haben Sie mit der Sache nichts zu schaffen.“ Stinnes hat schon damals den Betrug erkannt und das Geschäft trotzdem weitergeführt.

Staatsanwalt Berliner führte darauf den ausführlichen Nachweis für die Schuld der übrigen Angeklagten: für Schneid komme nur Beihilfe zum Betrug in Frage. — Die Strafanträge erfolgen heute.

Zwei Autoraser gestellt.

Sühne für das Unglück am Prager Platz.

Am 6. Juli berichteten wir über die Autoraserei am Prager Platz, bei der zwei Passanten, eine Frau und ein Mann, überfahren und schwer verletzt wurden. Schon zwei Tage später gelang es, einen der Täter, und zwar den Chauffeur Paul Stelker, zu verhaften. Inzwischen ist es den Bemühungen der Kriminalpolizei auch gelungen, den Begleiter des schuldigen Chauffeurs, den Wagenwäscher Wildenhagen, festzunehmen.

Wie wir bereits mitteilen, handelte es sich um eine Schwarzfahrt, und die beiden Schuldigen hatten schon in Charlottenburg durch ihr Zickzackfahren auf dem Fahrdomm die Aufmerksamkeit der Schutzpolizei erregt. Schon vorher war es am Kurfürstendamm zu einer Karambolage mit einer Autodroschke gekommen. Der Führer des gerammten Wagens, ein Chauffeur K., sowie sein Fahrgast hatten die Verfolgung der Schuldigen aufge-

nommen und dabei gesehen, daß die beiden Insassen des flüchtigen Autos den Platz am Steuer tauschten. Zuerst hatte ein schwächerer Mensch gefahren, dann übernahm die Führung ein breitschulteriger Mann. Bei der Gegenüberstellung mit Stelker und Wildenhagen ergab es sich, daß Wildenhagen die Autodroschke gerammt, Stelker aber später die beiden Passanten nach dem Führerwechsel am Prager Platz in rasender Fahrt überfahren hatte. Bei ihrer Vernehmung gaben beide auch den Platzwechsel am Steuer zu. Das gesammelte Material ist inzwischen der Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung zugeleitet worden.

Schrecklicher Tod einer Zehnjährigen.

Auf dem Grundstück der Eltern verschüttet.

Auf schreckliche Weise kam gestern nachmittag die zehnjährige Schülerin Hildegard Wolff ums Leben.

Das Mädchen spielte auf dem Grundstück der Eltern in Alt-Bienitz, Siedlung Irzgarten, an einer abschüssigen Stelle. Plötzlich gerieten die Sandmassen in Bewegung und das Mädchen wurde buchstäblich von den niederstürzenden Erdmassen begraben. Einige Zeit später wurde das Unglück bemerkt; alle Wiederbelebungsversuche der Verschütteten durch die hinzugerufene Feuerwehr blieben jedoch ohne Erfolg. Die kleine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Ein anderer schwerer Unfall mit tödlichen Folgen ereignete sich gestern in der Gormannstraße 30. Dort geriet der achtzehnjährige Arbeiter Paul Raab aus der Linienstraße 244a zwischen Fahrstuhl und Schachtwand. Der junge Mensch konnte von der alarmierten Feuerwehr nur noch als Leiche geborgen werden. Eine Untersuchung über die Schuldfrage ist inzwischen eingeleitet worden.

Flug Stolp—Berlin.

Glückliche Fahrt des Seddiner Kleinluftschiffes.

Das Seddiner Kleinluftschiff, das am Freitag in den frühen Morgenstunden in Stolp zu seiner großen Fernfahrt nach Berlin aufgestiegen war, landete gegen 8 Uhr vormittags auf dem Stettiner Flugplatz zu einer beabsichtigten Zwischenlandung. Das Luftschiff, dessen Erscheinung größtes Aufsehen hervorrief, verweilte mehrere Stunden auf dem Flugplatz, von dichtgedrängten Scharen Neugieriger umlagert. Nach der Übernahme von Brennstoff startete das Schiff gegen 10.30 Uhr zum Weiterflug nach Berlin. Nach einer Gesamtflugdauer von 6 1/2 Stunden erreichte es am Abend glatt Berlin. Das nach dem System Parsfal-Raab erbaute Kleinluftschiff hielt sich längs der Eisenbahnstrecke und erreichte gegen 6 Uhr die Reichshauptstadt. Nach einer ausgedehnten Schleife über der Stadt landete es, von einem großen Flugzeuggeschwader begleitet, um 8.30 Uhr auf dem Zentralflughafen in Tempelhof. Es handelte sich um eine Ueberführungsfahrt des Luftschiffes.

Eisenbahnunglück im Saargebiet.

Güterzug fährt auf haltenden Personenzug. — 30 Verletzte.

Saarbrücken, 12. Juli.

Am Freitag vormittag ereignete sich im Bahnhof Merzig ein schweres Eisenbahnunglück. Ein von Trier kommender Güterzug fuhr auf den fahrtbereiten Personenzug, der stark besetzt war, auf. Durch den Anprall wurde die Güterzuglokomotive in den letzten Wagen des Personenzuges hineingeschoben. Der Wagen wurde zum größten Teil zertrümmert. Die Zahl der Verletzten beträgt etwa dreißig. Der Heizer der Güterzuglokomotive wurde durch ausströmenden Wasserdampf schwer verbrüht.

Die Verletzten der bei dem Eisenbahnunglück in Merzig im Mittelbereich gezogenen Personen haben sich glücklicherweise durchweg als leicht herausgestellt. Ein Todesfall ist nicht zu verzeichnen.

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus.)

Er drückte Daylight begeistert die Hand, und dieser erwiderte den Händedruck mit gleicher Wärme, und dann beugte er sich herab und küßte Dede auf den Mund. Sie waren eben so glücklich über den Erfolg ihrer Arbeit wie ein großer Heerführer über einen ersten Sieg. Fergusons Augen waren verdächtig blank, während die Frau sich noch enger an den Mann presste, dessen Werk es war. Plötzlich hob er sie in seine Arme, trug sie zum Flügel und rief: „Los, Dede! Spiel Gloria, Gloria!“

Und während die Flammen auf dem Herde emporstiegen, klangen die siegreichen Töne der Zwölften Messe durch den Raum.

Daylight hatte kein Enthaltensgelübde getan, aber dennoch seit dem Tage, da er sich vom Geschäft zurückgezogen hatte, nicht einen Tropfen Alkohol angerührt. Bald war er jedoch stark genug, ein Glas trinken zu können, ohne sofort ein zweites folgen zu lassen. Andererseits war der Drang zu trinken von dem Augenblick an, als er sich auf dem Bande niedergelassen hatte, vollkommen verschwunden. Er spürte kein Verlangen nach Alkohol und vergaß sogar, daß er existierte. Doch er mußte sich nicht davor fürchten, und wenn ihm der Kaufmann in der Stadt hin und wieder etwas anbot, pflegte er zu sagen: „Schön, mein Sohn! Wenn es Ihnen Spaß macht, daß ich ein Glas mit Ihnen trinke, gern Geben Sie mir einen Whisky.“

Burning Daylight, der Finanzmann, war, wie er Dede prophezeit hatte, eines schnellen Todes verfallen, sein jüngerer Bruder, der Daylight aus Alaska, war auf die Ranch gekommen und hatte seinen Platz eingenommen. Sein Körper hatte die frühere Schlankheit und Geschmeidigkeit wiedergewonnen, und in den Wangen hatten sich die schwachen Höhlen wieder eingestellt, die an ihm den Höhepunkt körperlichen

Wohlbefindens bezeichneten. Alljährlich feierte er seinen Geburtstag auf die alte Grenzweise und lud das ganze Tal ein, auf den Hof zu kommen und sich werfen zu lassen. Und ein großer Teil des Tales folgte der Einladung, brachte Frau und Kinder mit und machte einen richtigen Familienausflug daraus.

Anfänglich war er, wenn er bares Geld brauchte, Fergusons Beispiel gefolgt und hatte einfache Tagelöhnerarbeit verrichtet, aber es dauerte nicht lange, so fand er eine Erwerbsform, die angenehmer und befriedigender war und ihm zugleich mehr freie Zeit ließ. Seit der Grobshmied ihn einmal im Scherz aufgefordert hatte, ein ganz unzählbares Füllen zuzureiten, und es ihm glänzend gelungen war, galt er für einen vorzüglichen Jureiter. Und bald konnte er mit dieser Arbeit, die ihm wirklich ausgezeichnet lag, so viel Geld verdienen, wie er wollte.

Ein Juckertönig, dessen Zuchtstall und Rennstall in Caliente, drei Meilen von Glen Ellen lag, schickte, wenn Not am Mann war, nach ihm und bot ihm, ehe ein Jahr vergangen war, die Stellung eines Oberaufsehers über die Ställe an. Aber Daylight schüttelte lächelnd den Kopf. „Ich will mich nicht abradern“, versicherte er Dede, und er übernahm derlei Arbeit nur, wenn er durchaus Geld brauchte.

„Wir haben die Ranch und uns“, sagte er zu seiner Frau, „und ich will viel lieber mit dir nach den Hood-Bergen reiten, als vierzig Dollar verdienen. Man kann nicht Sonnenuntergänge und zärtliche Frauen und kaltes Quellwasser und all das für vierzig Dollar kaufen, und für vierzig Dollar kann ich nicht einen einzigen Tag zurückkaufen, den ich dazu verwendet habe, mit dir nach den Hood-Bergen zu reiten!“

Sein Leben war außerordentlich gesund und natürlich. Er ging früh ins Bett, schlief wie ein Kind und war mit der Sonne auf. Es gab immer etwas zu tun, tausenderlei Kleinigkeiten, die ihn lockten, aber nicht riesen, und er überanstrengte sich nie. Dennoch mußte er sowohl wie Dede zuzeiten zugeben, daß sie müde waren, wenn sie zum Beispiel siebzig Meilen geritten waren.

Als sie eines Tages vor der Post in Glen Ellen hielten, um einen Brief abzuschicken, wurden sie von dem Grobshmied angesprochen.

„Hören Sie, Daylight“, meinte er, „ein junger Mensch namens Slosson hat Sie grüßen lassen. Er kam in einem Automobil durch und war auf dem Wege nach Santa Rosa.“

Er wollte wissen, ob Sie nicht in der Nähe wohnten, aber die Leute, mit denen er zusammen war, hatten keine Zeit zu warten. Und da sagte er nur, ich sollte Sie grüßen und sagen, daß er Ihren Rat befolgt habe und immer noch seine eigenen Rekorde schlage.“

Daylight hatte Dede längst die Geschichte erzählt. „Slosson?“ sagte er nachdenklich. „Slosson, das muß der Hammerwerfer sein. Er hat meine Hand zweimal runtergedrückt, der verdammte Kerl.“ Dann wandte er sich plötzlich an Dede. „Hör, es sind ja nur zwöf Meilen bis Santa Rosa, und die Pferde sind frisch.“

Sie erriet, was er im Sinne hatte, denn seine glänzenden Augen und sein verlegenes jugenhaftes Lächeln sprachen deutlicher als Worte, und sie lächelte und nickte zustimmend.

„Wir können den Richtweg durch das Bennett-Tal einschlagen“, sagte er, „der ist näher.“

Als sie erst nach Santa Rosa gekommen waren, hatten sie keine Schwierigkeiten mehr, Slosson zu finden. Er und seine Gesellschaft hatten sich im Oberlin-Hotel einlogiert, und Daylight traf ihn in der Bar.

„Hören Sie mal, mein Sohn“, sagte Daylight, sobald er Dede vorgestellt hatte, „ich bin gekommen, um Ihnen eine neue Chance zu geben. Wollen wir die Sache noch mal versuchen? Hier ist Platz genug.“

Slosson lächelte und ging auf seinen Vorschlag ein. Die beiden Männer standen einander gegenüber, legten die Ellbogen auf den Schanktisch und griffen zu. Slossons Hand wurde schnell heruntergepreßt.

„Sie sind der erste, der das je fertiggebracht hat“, sagte er, „lassen Sie uns noch einmal versuchen.“

Wieder umspannten die Hände sich, und wieder wurde die Slossons heruntergedrückt. Er war ein breitschulteriger junger Riese mit kräftigen Muskeln und mindestens einen halben Kopf größer als Daylight, er machte kein Hehl aus seinem Mergel über die Niederlage und verlangte eine dritte Probe. Diesmal spannte er seine Kräfte aufs äußerste an, und einen Augenblick schien der Ausfall zweifelhaft. Mit brennenden Wangen und zusammengebissenen Zähnen beagnete er dem kräftigen Griff des andern, bis seine Muskeln knackend nachgaben. Seine gefüllten Lungen ließen die Luft explosiv entweichen, seine Widerstandskraft erlahmte, und die Hand ging kraftlos herab. (Fortf. folgt.)

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat...

16. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde...

Morgen, Sonntag, 14. Juli:

- 17. Mt. Familienausflug nach Wandlitz. Spiele für Alt und Jung...
18. Mt. Oberhavel. Auf Beschluss der Abteilungsleitung...

Jungsozialisten.

Gruppe Reuthe. Sonntag, 14. Juli, Fahrt. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Reuthe...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckwitzstr. 57/58, Hof 2 Pk.
Sonntag, 13. Juli, Charlottenburg, Rundgang mit Dr. Oetzel...

Berliner Spektant-Verband. Dienstag, 16. Juli, 20 1/2 Uhr im „Alten Kater“...

Die Stern- und Kreisfahrt veranstaltet auch in diesem Sommer...

Gewinnauszug

4. Klasse 33. Preussisch-Schlesische Klassen-Lotterie. 1. Ziehungstag 12. Juli 1929

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

2 Gewinne zu 100000 Mk. 162834
2 Gewinne zu 30000 Mk. 4765
2 Gewinne zu 20000 Mk. 64526

Die in der heutigen Vormittagsziehung gezogenen beiden Hauptgewinne...

228 Gewinne zu 3000 Mk. 5346 3976 5902 6566 8408 17921 19978
26387 33598 35139 45449 47991 55979 57883 57730 58552 59401

Auch die Mark ist schön! Trost für die Zurückgebliebenen.

Ueber 500 000 Berliner sollen den Schullerferienbeginn bemittelt haben, um fern von Berlin Erholung, Rast und Ruhe zu suchen.

Die Frage nach dem Wohin wird durch vorhandene Führer gelöst. Da ist das ausgezeichnete Büchlein des Berliner Lehrers Wilhelm Ratthey...

Für Fahrten in die Ferne, die aber immer noch von den Grenzen der Mark Brandenburg umschlossen wird, kommen drei Führer in Betracht.

Während der Ferien- und Reisezeit kann der „Vorwärts“ und der „Abend“ auf jede Dauer allorts bezogen werden.

Ferien- und Reisezeit

Touristen und Wanderer

Sommerfrischer

Laubenkolonisten

Postabonnenten

Vorwärts-Verlag

Natwendig ist es allerdings, daß die Reichsbahn noch weit mehr Sonntagstaktien als bisher auflegt...

Auf die Frage: Wohin in den Ferien und im Urlaub? gibt uns auch Walter Trojan, einer der besten Kenner der heimischen Mark...

Freibad für Kriegsbeschädigte.

Die Stadt Hannover hat in der Freibadeanstalt an der Ahne einen Platz mit Luft- und Sonnenbad für Kriegsbeschädigte abgeteilt...

Das interessante Deutschland.

Das Königsberger Reiseamt hat mit dem Seebad Ostpreußen vereinbart, daß Interessenten aus Pommern, Grenzmark und Mecklenburg...

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, muß die vom 14. bis 21. Juli vorgesehene billige Ferienreise nach Sellin auf Rügen wegen ungenügender Beteiligung ausfallen.

Die Stadt Cammin in Pommern hat das Schloß und den umgebigen großen Schloßpark des kürzlich verstorbenen Staatsministers a. D. von Köller erworben.

Das Trierer Gebiet, das sich durch ein außerordentlich warmes, fast böhmisches Klima auszeichnet, weist gegenwärtig eine botanische Seltenheit auf.

Das Knochenhaueramtshaus in Hildesheim, das als das schönste Fachwerkhäus der Welt bezeichnet wird, kann in diesem Jahre auf ein 400jähriges Bestehen zurückblicken.

Die Heilige-Geist-Kirche in Ratze a. d. Saale, eine schon 1395 erwähnte Kultstätte, die zuerst der Feuerwehr zur Aufbewahrung von Geräten diente...

Linienburg heilt Rheumatismus, Gicht, Ischias, Skrofulose, Rachitis, Frauenleiden usw. Ostseebad Heiligenhafen in Kolstein

Graal in Mecklenburg Ostseebad und Waldluftkurort, Freibad. Hotel zur Post Pension Schöller. Nordseebad Blisum Hotel-Pension Seeblick

Worderney das führende deutsche Nordseebad Kurkarteninhaber kaltes Seebad frei! Radium-Solbad KREUZNACH heilt FRAUEN GICHT RHEUMA KINDER

Bad Blankenburg Thür. Wald und zur Erholung nach herrliche Waldesberge, Talen Mittelstandspreise

Wo bleibt der Schutzollsegen?

Die erste Pleite der Zollerhöhung.

Die Weisheit der bürgerlichen Parteien des Reichstags in agrarpolitischen Dingen hat sich wieder einmal in einfachen Zollerhöhungen erschöpft.

Die Zollerhöhungsmaschine des Reichstags kam nicht zuletzt deshalb in fieberhaften Gang, weil kurz vor Ferienbeginn des Reichstags die Roggenpreise außergewöhnlich tief gestunken waren.

Am 15. Juni wurden für die Tonne Roggen in Berlin 188 M. bezahlt, am 26. Juni, gerade als die Beschlüsse des Reichstages gefaßt waren, wurde die Tonne mit 191 M. notiert.

In knapp vierzehn Tagen hat sich also wieder einmal bewiesen, daß Zollerhöhungen absofort ungeeignet sind, jenen Preisschwankungen zu begegnen, die das Elend der deutschen Betriebswirtschaft bilden.

Schweizer Brown-Boveri-Trust blüht.

Erhöht auch die Dividende von 8 auf 9 Prozent.

Ein Bild großer Blüte bietet der Geschäftsbericht der A.-G. Brown, Boveri u. Cie in Baden (Schweiz) für 1928, eines der größten europäischen Elektrokonzerne.

Bei einem Aktienkapital von 32,2 Millionen Schweizer Franken führt sie Wertpapiere und Beteiligungen mit 29,75 Millionen Franken auf; darunter sind Gesellschaften meist gleichen Namens in Mannheim, Paris, Mailand, Oslo, Wien, Warschau, Camden (USA) usw.

Die Beschäftigung der Schweizer Werke wird als „andauernd gut“ bezeichnet. Es werden Maschinen aller Art, besonders elektrische Apparate und Großmaschinen, hergestellt.

Zu erwähnen ist noch der Postposten „Anleihen“ in Höhe von 32 Millionen Franken, worauf aber nur 5 bis 6 Proz. Zinsen zu zahlen waren.

In Konkurrenz mit dem Gummi-Trust.

Eine vorsichtige Bilanz der Harburger Phönix A.-G.

Die Harburger Gummimarenfabrik Phönix A.-G., die einzige bedeutende Fabrik, die der Liebermeyer des Continental-Gauteschou-Truists gegenüber ihre Selbständigkeit behaupten konnte.

Der Umsatz hob sich bedeutend, erforderte aber Inanspruchnahme höherer Kredite, so daß die Zinslast stieg (auf 0,71 Millionen Mark).

Der Umsatz soll bei einem arbeitenden Kapital von 9,9 Millionen Mark (davon Aktienkapital 7,2 Millionen) 35 Millionen Mark betragen haben.

Zu tabeln ist die Veränderung der Bilanzierungsmethode: im Reingewinn des vorigen Jahres (722 000 M.) waren die Extrabehreibungen enthalten, im diesjährigen sind sie es nicht.

Volksdienst der Abog.

Sozialdemokraten bahnen den Weg. — Der Abog letzter Geschäftsbericht.

Sechzig Jahre hat am 25. Juni 1928 die Abog existiert. Fast 60 Jahre überwiegend privatkapitalistischer Verkehrsausnutzung und Verkehrsausbeutung.

Der Geschäftsbericht der Abog für 1928, dem letzten Jahr der rechtlichen Selbständigkeit, einiges von der Ueberführung in die neue Ära zu erzählen:

Verbesserungen im Verkehr: 6 neue Außenlinien, die Linien 34 bis 39, wurden eingerichtet. Sie wurden gleichzeitig in den Einheitsstarif und den Ueberfahrtsverkehr — wie auch die Linien 31 und die verlängerten Linien 32 und 33 — einbezogen.

Zu den bisherigen Gesellschaftsfahrten wurden neue nach Leipzig und nach Lindow (Mark) ausgeführt. Der Nachtverkehr wurde — neben der Verbindung durch den Uebergangsverkehr — durch engere Wagenfolge weiter verdichtet.

Verkehrsbilanz: Ende 1928 waren 20 Stadtkilometer mit 3 (Vorjahr 2) Einheitslinien, die Gültigkeit Linden-Grünwald, 8 Außenlinien mit Einheitsfahrplan und weitere 6 Außenlinien, zusammen 35 Linien, im Betrieb.

Die technischen Verbesserungen sieht jeder Berliner alle Tage mit Freuden selbst. Die Wagen mit hochliegendem Rahmen und ohne Berde, die Halperwagen mit Vollgummireifen verschwinden; sie verschwinden 1929 vollständig.

Soziale Verbesserungen: Was in der neuen B.B.G. für das übernommene Abog-Personal schon geschehen ist, ist hier nicht zu behandeln.

Dividende wird wieder nicht verteilt. Trotzdem die Rücklage (1,7 Millionen Mark) schon mehr als 20 Proz. des Kapitals beträgt, werden ihr die gesetzlichen 5 Proz. des Gewinns (15 000 M.) zugewiesen.

Jedenfalls verhinderte nur eine übergroße Vorsicht, nicht der tatsächliche Ertragsstand die Verteilung einer Dividende.

Große Hypothekbank-Fusion.

Zwei große Hypothekbanken, die Preussische Pfandbriefbank A.-G. mit einem Aktienkapital von 21 Millionen, und die Preussische Hypothekbank mit einem Aktienkapital von 12 Millionen, werden fusioniert.

Tabakrauchen, Massenauftrag und Profite.

Der Verbrauch von Tabakpfeifen ist nach dem Geschäftsbericht der Nürnberger A.-G. Bauen, Vereinigte Pfeifenfabriken, im Jahre 1928 bedeutend zurückgegangen.

das Gesamtpersonal erhöhte Bezüge im Berichtsjahr und den Wohnungsbaubeginn von 495 Wohnungen für „Abogler“ in Trepow und Charlottenburg.

Gewinnrechnung und Bilanz für 1928 sind die letzten der Abog überhaupt.

Die Abog wurde zum 31. Dezember 1928 liquidiert, für ihre Arbeit und ihr Gedeihen wird für 1929 (Jahr der Gemeinschaftsbericht der B.B.G. berichten).

Die Betriebseinnahmen sind von 27,56 auf 35,27 Millionen, die Gesamteinnahmen von 28,73 auf 36,40 Millionen Mark gestiegen.

Die Abschreibungen (hauptsächlich auf Omnibusse 4,07 statt 3,13 Millionen) wurden insgesamt von 3,98 auf 5,04 Millionen erhöht, so daß sich ein Ueberschuß von 792 000 Mark (800 000 Mark) ergibt.

Die Bilanz läßt ahnen, besonders bei der Bewertung der Omnibusse, was die Abog wirklich an Ueberfällen hatte. Der Wert der Omnibusse vermehrte sich durch 59 neue Wagen von 3,71 auf 9,95 Millionen Mark, oder pro Wagen um rund 100 000 Mark.

Schnell, sicher, regelmäßig, bequem und billig.

so soll ein großstädtisches Verkehrsproblem funktionieren. Sicher hat die Abog schon 1928 dazu beigetragen. Noch mehr darf sich das Volk von Berlin aber von seinen Autobussen versprechen, nachdem in der B.B.G. auch die Autobusse in eine einheitliche öffentliche Verkehrsplanung einbezogen sind.

Vergessen aber darf das Volk von Berlin nicht, daß privatkapitalistischer Geist niemals in der Lage ist, einer Weltstadt zu erschließen und hingebungslos dem Volk ihre Verkehrsbedürfnisse abzulauschen.

Genossenschaftszusammenschluß auch in Brandenburg. Schließen und Mecklenburg ist jetzt auch Brandenburg mit dem Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Genossenschaften gefolgt.

42 Millionen Umsatz der Zschopauer Motorenwerke. Die Zschopauer Motorenwerke A. S. Kaschewski A.-G. in Zschopau hat seit 1926 eine starke Entwicklung genommen.

Die Graphische Kunstanstalt Dr. Sells-Exler AG. will nach dem Vorschlag des Aufsichtsrates an die Aktionäre wieder 10 Proz. Dividende, wie schon immer seit 1924, verteilen.

Jede Sparkasse darf sich Stadtbank nennen. Das ist das Ergebnis einer reichsgerichtlichen Entscheidung — II. 623/28 vom 9. Juli 1929 — die ein entgegenstehendes Urteil des Landgerichts Magdeburg und des Oberlandesgerichts Naumburg, das der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes gegen die Magdeburger Stadtbank erwirkt hat, aufgehoben hat.

Ein Finanzartikel für das Britische Imperium. Die 300 Vertreter von Beteiligungsfirmen beschlossen auf der Londoner Tagung die Vorbereitung eines Weltmarktartikels durch einen vorbereitenden Ausschuß von 21 Mitgliedern.

